



Links wirkt

Jahrzehntelang ist in Sachen zweite Gesamtschule für Iserlohn nicht viel passiert. Es wurden hunderte, tausende Kinder abgewiesen, aber außer zahlreichen Prüfaufträgen kam von Seiten der Politik nichts. Erst der konkrete Antrag unserer Linksfraktion zur zweiten Gesamtschule am Standort Hennen brachte Bewegung in die Sache. Nach einigen Gesprächen mit den übrigen Fraktionen gab es dann auch eine tragfähige Mehrheit.

Und wie war das noch mit der Heidehalle? CDU, SPD, FW, FDP und GRÜNEN konnte der Abriss gar nicht schnell genug gehen. Einzig DIE LINKE. setzte sich für den Fortbestand der Halle ein. Dies löste ein Echo in der Bevölkerung aus. Und jetzt? Plötzlich gibt es doch eine Möglichkeit, die Halle zu erhalten. An diesen Beispielen wird deutlich: auch eine kleine Fraktion wie unsere kann, mit Bürgerunterstützung, Dinge verändern!

Oliver Ruhnert
Fraktionsvorsitzender

Seite 2: Grundschulschließung / Finanzkrise hinterlässt Spuren in Iserlohn

Seite 3: Anruf Sammeltaxi / Sozialticket „NRW-Card“

Seite 4: Grundsatzprogramm

Zweite Gesamtschule für Iserlohn Interview mit Karsten Renfordt, schulpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Rotlicht: Mit dem Bildungsbündnis hat DIE LINKE. eine zweite Gesamtschule in Iserlohn am Standort Hennen auf den Weg gebracht. Zufrieden mit den Beschlüssen?

Karsten Renfordt: Ja, denn die zweite Gesamtschule in Hennen war eine unserer zentralen Wahlkampforderungen. Seit 1987 wurde hin und her geprüft, erst unser konkreter Antrag brachte den Stein richtig ins Rollen und wir sind froh dafür auch einen Konsens über Fraktionsgrenzen hinweg erreicht zu haben.

Rotlicht: Warum ist eine zweite Gesamtschule nötig, was haben die Kinder und Eltern davon?

K.R.: Iserlohn steht im Landesvergleich ganz schlecht da. Kurz gesagt: viele Abgänger ohne Schulabschluss, wenige Abiturienten. Die zweite Gesamtschule wird für mehr Chancengleichheit in der Iserlohner Schullandschaft sorgen. Nahezu 100 Abweisungen jährlich an der Gesamtschule werden der Vergangenheit angehören. Jedes Kind soll seinen Wunsch-Abschluss anstreben können!



LINKE-Bürgervertreter Karsten Renfordt vor der Hauptschule Hennen, die zur Gesamtschule ausgebaut werden soll.

Rotlicht: DIE LINKE. stimmte als einzige Fraktion gegen die Schließung zweier Grundschulen. Wieso steht das Bildungsbündnis hier nicht zusammen?

K.R.: Wir stehen voll hinter dem Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“! Der Erhalt wohnortnaher Grundschulen liegt uns sehr am Herzen. Bei den Grundschulschließungen berufen sich die übrigen Fraktionen auf den demographischen Wandel. Durch die Schließungen wird das zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung. Stadtteile ohne Grundschule vergreisen. Welche Familie mit Kindern zieht in eine Gegend ohne Schulen?

Rotlicht: Wieso ziehen Sie einen Ausbau der Gebäude der Hauptschule Hennen einem Ausbau der Gesamtschule am Nußberg vor?

K.R.: Die Raumsituation am Nußberg lässt keinen weiteren Ausbau zu. Wir haben uns jedoch auch für Hennen ausgesprochen, da wir es für wichtig halten, dass der Iserlohner Norden mit immerhin mehr als 16.000 Einwohnern eine weiterführende Schule behält. Dadurch sind in Zukunft auch deutlich weniger Kinder gezwungen, mit dem Bus oder Mama-Taxi durch die halbe Stadt zu ihrer Schule zu fahren.

Glosse: Baarbach - Revival

Trockenwüste durch Klimakatastrophe im Gebiet der südlichen Innenstadt. Doch die hier Lebenden haben erstaunliche Strategien entwickelt, um in der Hitze und Trockenheit überleben zu können.

Nun sollen Sie, nach dem Stand der Dinge, von den politisch etablierten Kräften, die besondere Fähigkeiten im Aufspüren und Freilegen von unterirdischen innerstädtischen Wasseradern entwickelt haben, unterstützt und entlastet werden.

Die Offenlegung des Baarbaches mit einhergehender Umgestaltung des Sportplatzes in der Läger zum Nationalpark, versehen mit einem ausgewogenen Sozialkonzept, soll nun Abhilfe schaffen. Einbezogen in das Konzept sind eine Tränke im Unterlauf und eine Badewanne im Oberlauf für Bedürftige sowie, bei akzeptabler Wasserhöhe, eine 17,6 km lange Baarbach-Floßfahrtstrecke, die unter günstiger Voraussetzung über Ruhr und Rhein bis in die Nordsee erweitert werden kann. Urlaub pur, bei geringen Kosten. Mit einem Höhenunterschied von 316 Meter, eine flotte Fahrt. Ein nutzbringendes Projekt für die, die am Existenzminimum leben und das sind immerhin 18 % der Iserlohner Bevölkerung. Ein Projekt, das den Steuerzahler an reinen Wasserbaukosten, laut Schätzung, die Kleinigkeit von 2,1 Millionen Euro kostet. Somit sind auch die anstehenden finanziellen Kürzungen von Sozialleistungen, Kinder- und Jugend- und Vereinsförderungen gut angelegt.

„Wir müssen das den Menschen nur vermitteln“, so eine langjährige GRÜNE Ratsvertreterin.

Einzig die Linksfraktion setzt sich gegen diese Planungen zur Wehr. „Ohne eine Schiffbarmachung des Baarbachs und den Bau eines Yacht-Hafens in Barendorf ist mit unserer Stimme nicht zu rechnen“, kommentiert Fraktionsvorsitzender Oliver Ruhnert die Pläne der Verwaltung.

„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Schule(n) klaut!“



Gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen die übrigen Ratsfraktionen die Schließung der Albert-Schweitzer-Schule in Letmathe sowie die Zusammenlegung des Verbunds Gerlingsen/Nußberg in Gerlingsen. Damit hat auch der Nußberg keine Grundschule mehr. Bereits beim Schulausschuss am 5. Juli hatten sich wegen der drohenden Schließung ca. 150 Eltern, Schul- und Kindergartenkinder, ausgestattet mit Trillerpfeifen, Plakaten und Luftballons, zum Ratssaal

aufgemacht, um dort über 1300 Unterschriften zum Erhalt ihrer Grundschulen zu übergeben. Doch aller Protest war vergebens. In Letmathe trifft die Schließung der Albert-Schweitzer-Schule besonders Kinder mit Migrationshintergrund, die nach einem besonderen pädagogischen Förderkonzept unterrichtet werden.

Kurze Beine, lange Wege !?

Für die Schülergruppen in Letmathe und am Nußberg wird der Schulweg nun länger und gefährlicher (Dortmunder Straße nach Gerlingsen / B7 zur Saatschule). Selbst ein täglich einmaliger Bustransfer kann dies bei wechselnden Anfangszeiten und Unterrichtsausfall nicht auffangen. DIE LINKE. wird sich weiterhin für wohnortnahes Lernen einsetzen. Für die Kleinsten muss das Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gelten.

Finanzkrise hinterlässt Spuren in Iserlohn Sparzwang führt in den Abgrund

Die neoliberale Handlungsweise ist trotz Wirtschafts- und Finanzkrise immer noch das Mittel der Wahl, ob in Iserlohn oder Athen. Während die aufgezwungene Sparpolitik Griechenland und ganz Europa immer tiefer in die Katastrophe führt, glaubt man in Iserlohn den städtischen Haushalt mit ähnlichen Mitteln sanieren zu können.

Stellenabbau, Schließung von Grundschulen, Einsparungen bei der Stadtbücherei, der Rentenberatung und beim Kinder und Jugendbüro – dies sind nur ein paar Punkte des von CDU, SPD, FDP und FW beschlossenen Sparpakets für Iserlohn. Während man im Bund für Banken, Großkonzerne und die oberen 10 % der Bevölkerung Milliarden schwere Geschenke verteilt hat, wurde das Geld an allen Ecken und Enden knapp, auch und gerade in den Kommunen. Es ist daher kein Zufall, dass es nahezu allen Kommunen sehr schlecht geht. Iserlohn steht sogar noch halbwegs gut da, wenn man sich die Sparpläne der Nachbarstadt Menden anschaut.

Anstatt die Verursacher der Krise sowie große Vermögen und hohe Einkommen endlich zur Kasse zu bitten, die Banken

zu entmachten, werden Städte tot gespart und der Normalbürger soll die Zeche zahlen – der Euro-Rettungsschirm rettet nicht Griechenland, sondern die Finanzmärkte! Der Versuch der Landesregierung armen Kommunen zu helfen scheitert im Ansatz: es gibt lediglich eine Umverteilung von Städten die noch nicht ganz pleite sind, zu denen, die schon überschuldet sind. Dadurch hilft man letztendlich keiner Stadt. Ohne eine grundlegende Reform der Finanzierung von Kommunen wird sich nichts ändern. Dazu müssen jedoch



die Steuereinnahmen erhöht werden. Eine unverantwortliche Steuersenkung, wie von schwarz/gelb geplant, darf es nicht geben. Kommunale Selbstverwaltung kann es nur geben, wenn auch die Mittel vorhanden sind. **Weitere Kürzungen retten nicht den städtischen Haushalt, aber sie richten unsere Stadt zu Grunde.**

Anrufsammeltaxi zusammengestrichen! Zunehmender Abbau des ÖPNV

Im März diesen Jahre wurde beschlossen, das Angebot des Anruf-Sammel-Taxis (AST) deutlich einzuschränken. Der Betrieb wird in Zukunft nur auf das Wochenende beschränkt sein. Der Beschluss von CDU, SPD, FDP und FW umfasst auch eine Fahrpreiserhöhung. DIE LINKE hat sich in Rat und Ausschuss deutlich für eine Beibehaltung des bisherigen Angebots ausgesprochen. Gerade Jugendliche und ältere Menschen nutzen das AST gerne, als eine kostengünstige Möglichkeit der Beförderung, auch zu Zeiten, zu denen keine normalen Busse und Bahnen unterwegs sind. „Die zunehmende Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs im ländlichen Raum muss endlich gestoppt werden“, betont Ratsmitglied Manuel Huff. „Wir brauchen keine Kürzungen, sondern einen Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel um eine



ökologische und nachhaltige Verkehrspolitik ermöglichen zu können.“

Mitte der 2000er Jahre wurde bereits bei vielen Linien im Iserlohner Stadtgebiet der Takt reduziert und vor wenigen Monaten wurde eine erneute Reduzierung des Angebots im Iserlohner Norden beschlossen, so dass Busse oft nur noch einmal

pro Stunde fahren. Das AST wurde auch als Trostpflaster für die Randgebiete wie z.B. Obergrüne eingeführt, da diese sonst mangels richtigem Linienverkehr fast gänzlich vom öffentlichen Nahverkehr abgekoppelt wären. Die Umstellung auf einen Wochenendbetrieb führt daher direkt in eine völlige Unterversorgung der Außenbezirke. Im Juni legten die Kürzungsparteien noch einmal nach: es wurden weitere Fahrten des AST gestrichen. **„Dem Kürzungs-Trend müssen wir entgegenwirken. Wir brauchen in Iserlohn und im MK ein Verkehrskonzept, dass auf Reduzierung des Autoverkehrs und konsequentem Ausbau des ÖPNV basiert! Das eigentliche Ziel muss ein gut ausgebauter, kostenloser öffentlicher Nahverkehr sein.“**

LINKE fordert einheitliches NRW-Sozialticket



Der öffentliche Nahverkehr macht es möglich: Fahrten zur Arbeit, zum Einkaufen, zu Ämtern oder zu Freundinnen und Freunden. Für viele Menschen sind Busse und Bahnen die einzigen Fortbewegungsmittel. Gestiegene Fahrkartenpreise bei gleichzeitigem Wegfall von Linien und schlechterer Taktung lassen jedoch keine wirkliche Teilhabe finanziell schwacher Menschen zu. Für mehr als 15000 IserlohrnerInnen, die Sozialleistungen beziehen, ist das unbezahlbar. Im Iserlohner Sozialpass, dessen Ausweitung SPD, CDU, FDP und UWG (jetzt FW) verhindert haben, ist kein Sozialticket enthalten. Für die Mobilität wird also nichts getan. Keine Möglichkeiten zu erschwinglichen Preisen von Hennen oder Kalthof in die Innenstadt zu fahren.

Die rot-grüne Landesregierung hat anstatt ein landesweites Sozialticket auf den Weg zu bringen, eine Förderung von 30 Mio. € für Sozialtickets im Landeshaushalt vorgesehen. Die Kreise können

selbst entscheiden, ob sie ein Sozialticket einführen und die Förderung in Anspruch nehmen. Unna kann damit den kleinen finanziellen Zuschuss durch die Landesmittel ausgleichen. Im Märkischen Kreis scheiterte das Sozialticket an den Stimmen von SPD, CDU und FDP wohingegen sich DIE LINKE und Grüne dafür aussprachen. Die Linksfraktion im Kreis sprach sich sogar für eine kostenlose Nutzung des ÖPNV aus. Will man jedoch allen Menschen in NRW unabhängig davon in welcher Stadt sie wohnen eine Teilhabe ermöglichen muss jedoch ein einheitliches NRW-Sozialticket her. DIE LINKE im Landtag beantragte daher die Einführung eines solchen Tickets zum Preis von 15 Euro, da dies dem Betrag im HartzIV-Satz für Teilhabe am Verkehr entspricht.

„Ein einheitliches NRW-Sozialticket ist eine Investition in gesellschaftliche Teilhabe und obendrein ein praktischer Beitrag zum Umweltschutz. Dies zu garantieren, ist eine elementare öffentliche Aufgabe“, so Manuel Huff, Vertreter der Linksfraktion im Iserlohner Verkehrsausschuss. Perspektivisch sei jedoch das Ziel ein kostenloser ÖPNV der aus Steuergeldern finanziert wird. Huff weiter: „Nur so können wir Verkehrs- und Umweltprobleme sinnvoll lösen!“

Vorbildlich:

Nulltarif im belgischen Hasselt

In Hasselt gibt es seit 1996 den Nulltarif. Das ÖPNV-Netz für die rund 73.000 Menschen aus der belgischen Stadt wurde durch Umschichtung von Ausgaben für den Auto- und LKW Verkehr massiv ausgebaut.

Innerhalb von 10 Jahren stieg das Fahrgastaufkommen von 360.000 auf 4,6 Millionen pro Jahr. Der Zustrom von außerhalb stieg um 30 Prozent, was auch den Einzelhandel und die damit verbundenen Arbeitsplätze und Steuereinnahmen deutlich steigerte.

Es geht, wenn der politische Wille da ist!



DIE LINKE. beschließt Grundsatzprogramm Aufbruchstimmung in der Iserlohner Ratsfraktion

Nach eineinhalbjähriger Debatte haben sich die Delegierten auf dem Programm- parteitag der Partei DIE LINKE., nach Abstimmung über mehr als 1400 Änderungsanträge, auf ein Grundsatzprogramm verständigt. Gemäß dem Prinzip der Basisdemokratie muss dieses durch einen Mitgliederentscheid beschlossen

Fünftel der IserlohnerInnen ist somit von Armut bedroht. Ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von 10€ pro Stunde ist notwendig um sicherzustellen, dass Menschen von Ihrer Arbeit auch Leben können. Dies ist auch ein wichtiger Schritt um Armutsrenten zu verhindern. Statt Hartz IV muss es eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie Mindestsicherung geben. Jeder Mensch muss in Würde leben können!



werden. Die Iserlohner Ratsfraktion begrüßt den Programm vorschlag und stellt ein paar wichtige Punkte heraus:

Steuergerechtigkeit: Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen, deutliche Belastung von hohen Einkommen und großen Vermögen. Nur so ist eine bedarfsgerechte Finanzierung von Kommunen möglich. Bleibt es bei den Geschenken an Reiche und große Konzerne werden weder Bund noch Land und Kommunen aus der Schuldenfalle entkommen können.

Gute Arbeit und Soziale Sicherung: Mehr als 15.000 IserlohnerInnen, das sind knapp 18 % der Bevölkerung beziehen soziale Leistungen wie Arbeitslosengeld oder Wohngeld. Fast ein

zweiten Gesamtschule (siehe Seite 1) sieht sich die Iserlohner Linksfraktion gut aufgestellt, um diesem Ziel näher zu kommen.

Mehr Demokratie wagen: Mehr Mitbestimmungsrecht ist eine der Kernforderungen. Ohne Mitbestimmung in der Wirtschaft gibt es auch keine echte Demokratie. Das beweist die Krise in Europa und auf der ganzen Welt. Auch die Mitbestimmung in den Kommunen soll gestärkt werden. Ein Ziel ist die Einführung von Bürgerhaushalten. Die „bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung“ in Iserlohn hatte nur Kürzungen zur Aufgabe, daher hat DIE LINKE. sie im Rat auch abgelehnt. Ein echter Bürgerhaushalt muss den Bürgern einer Stadt echte Gestaltungsmöglichkeiten bieten!



Proteste der Beliebigkeit!

Endlich gehen auch in Deutschland Menschen auf die Straße. Sie protestieren gegen die Macht der Banken. Merkel, Ackermann, alle haben „Verständnis“ für den Protest. Viele, die protestieren, sagen, sie wollen sich nicht vor einen Karren spannen lassen, daher gibt es keine konkreten Forderungen. Aber ohne die geht es nicht. Wer kritisiert, dass Reiche immer reicher werden MUSS sich dann auch klar für eine Umverteilung von oben nach unten positionieren!

Gegen ein Europa der Banken und Konzerne! Für ein Europa der Bürger!

Ihr

Manuel Huff
Fraktionsgeschäftsführer

V.i.S.d.P.:
Oliver Ruhnert
Schillerplatz 7
58636 Iserlohn

So erreichen Sie uns ...

Raum 104
Schillerplatz 7
58636 Iserlohn
Tel. 02371 / 217 1075
Fax 02371 /217 1076

e-mail:
fraktion@dielinke-iserlohn.de



Öffnungszeiten:
Montag 13:00 – 17:00 Uhr
Dienstag 09:00 - 14:00 Uhr
Donnerstag 13:00 - 17:00 Uhr

Internet:
www.dielinke-iserlohn.de

Öffentlich, weil's wichtig ist

Wir finden, dass Politik nicht in Hinterzimmer gehört. Daher finden auch unsere Fraktions-sitzungen immer öffentlich statt. Die Termine der Sitzungen finden Sie immer aktuell auf unserer Homepage www.dielinke-iserlohn.de. Wir freuen uns auf Sie!

Redaktion: Manuel Huff